

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	4. Februar 2016		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.15 Uhr	Sitzungsende:	21.05 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Beauftragte

Carola Stejskal

Behindertenbeauftragte

Bürgermeister

Mirko Kretschmer-Schöppan

Erster Bürgermeister

Jörg-Peter Schautz

Zweiter Bürgermeister, Geschäftsführer TGF

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Rica Bley

Sachgebietsleiterin Stadtsanierung/ Wohnungsbauförderung

Andreas Funk

Amtsleiter Finanzverwaltung

Matthias Gey

Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement

Gerd Glöß

Amtsleiter Ordnungsamt

Daniel Hartig

Betriebsleiter Abwasserbetrieb

Ilona Helbig

Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend

Gabriele Kerger

Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt

Holger Leuschner

Amtsleiter Hauptamt

Susann Lieber

Sachbearbeiterin für Recht und Verträge

Inge Nestler

persönliche Referentin des Oberbürgermeisters

Gerhard Schiller

Amtsleiter Stadtbauamt

Helmut Weichlein

Juristischer Referent

Geschäftsführer

Dr. Klaus Böhm

WBF-Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH

Matthias Leuschner

FREITALER STROM+GAS GMBH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Norbert Frost

entschuldigt, krank

Candido Mahoche

entschuldigt, Urlaub

Zuhörer: ca. 15

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er ändert die Tagesordnung dahingehend, dass der TOP 15 (Wahl der Verbandsräte und deren Stellvertreter des Trinkwasserzweckverbandes) von der Tagesordnung genommen wird, da es keine Anträge auf Änderung gegeben hat.

Zu TOP 6 Entscheidung über die Annahme von Spenden liegt den Stadträten die Vorlage B 2016/013 als Tischvorlage vor.

Weitere Änderungen oder Einwände gibt es nicht, somit ist sie in geänderter Form angenommen und die Nummerierung ändert sich entsprechend.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	4. Februar 2016

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 3. Dezember 2015
3. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
4. Informationen und Anfragen

(Vorlagen-Nr.: I 2016/004)
Eilentscheidung des Oberbürgermeisters über die Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung 2015 in Höhe von 170.000,00 Euro für Ing.-Leistungen im Zuge der Sanierung/Umbau der Grundschule Freital-Wurgwitz
5. (Vorlagen-Nr.: B 2015/070)
Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2016
6. (Vorlagen-Nr.: B 2016/013)
Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum Dezember 2015 bis Januar 2016
7. (A 2015/028)
Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus
8. (Vorlagen-Nr.: I 2016/001)
Beteiligungsbericht der Großen Kreisstadt Freital für das Geschäftsjahr 2014
9. (Vorlagen-Nr.: I 2016/003)
Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 4. Quartal 2015

10. (Vorlagen-Nr.: B 2016/004)
Bestellung Wirtschaftsprüfer für die Prüfung Jahresabschluss 2015 - Abwasserbetrieb
11. (Vorlagen-Nr.: B 2016/007)
Gebietsabgrenzung eines Fördergebietes Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (SOP)
Freital-Pesterwitz
12. (Vorlagen-Nr.: B 2016/008)
Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan "Burgwartstraße" - Flurstück 575, Gemarkung
Potschappel
13. (Vorlagen-Nr.: B 2016/010)
Bereitstellung eines Serverraumes für die Verwaltung der Großen Kreisstadt Freital
14. (Vorlagen-Nr.: B 2016/011)
Brandschutzbedarfsplan der Großen Kreisstadt Freital

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 3. Dezember 2015

Herr Mayer hat einen Schreibfehler in der Niederschrift auf Seite 12 entdeckt. Dort lautet das erste Wort „verlässt“ und dieses wird durch das Wort „verletzt“ ausgetauscht.

Herr Weichlein teilt mit, dass ein Austauschblatt erstellt wird. Da der Schreibfehler keinerlei Auswirkungen hat, bittet er die Stadträte trotzdem um Bestätigung der Niederschrift.

Da es keine Einwände gibt, ist die Niederschrift einschließlich der Korrektur bestätigt.

Tagesordnungspunkt 3

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Kretschmer-Schöppan informiert, dass mit Stand 4. Februar 2016 in der Stadt Freital 570 Personen untergebracht sind. Davon sind 282 zentral und 288 dezentral. Der Lenkungsausschuss Asyl des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat bekannt gegeben, dass bis zum Jahresende 898 Asylbewerber/Flüchtlinge unterzubringen sind. Parallel dazu ist die Stadt Freital aufgrund eines Kreistagsbeschlusses verpflichtet, bis März 2016 ein Unterbringungskonzept zu erarbeiten. Im Stadtrat März 2016 wird dieses vorgestellt. Zum Objekt an der Dresdner Straße 288 kann er berichten, dass der Eigentümer eine Unterbringung (120 Plätze) signalisiert hat und der Umbau demnächst erfolgen wird.

Herr Mayer bittet um eine Auflistung wie viele Frauen, Männer und Kinder zentral und dezentral untergebracht sind.

Herr Kretschmer-Schöppan antwortet, dass 282 Asylbewerber zentral untergebracht sind. Davon sind 274 Männer, 5 Frauen und 3 Kinder. Dezentral in Wohnungen sind derzeit 288 Asylbewerber untergebracht. Davon sind 233 Männer, 22 Frauen und 33 Kinder.

Herr Abraham möchte eine Auflistung nach Herkunftsländern der Asylbewerber.

Herr Kretschmer-Schöppan wird dies schriftlich nachreichen.

Herr Rülke geht davon aus, dass vom Freistaat Sachsen derzeit keine Flüchtlinge in der Erstaufnahme Am Langen Rain untergebracht sind.

Herr Kretschmer-Schöppan bejaht. Der Vertrag zur Unterbringung ist ausgelaufen und somit nutzt der Freistaat die Unterkunft nicht mehr als Erstaufnahmeeinrichtung. Momentan laufen Verhandlungen zwischen dem Eigentümer bzw. Betreiber mit dem Landkreis, um dort bis zu 400 Asylbewerber unterzubringen.

Herr Specht fragt, ob andere Kommunen auch ein Unterbringungskonzept erstellen müssen.

Herr Kretschmer-Schöppan erklärt, dass Grundlage ein Kreistagsbeschluss ist und alle Kommunen des Kreisgebietes dazu verpflichtet sind.

Herr Richter möchte wissen, wie viel Asylbewerberkinder in Kindertagesstätten gehen, wie viele schulpflichtig sind, wie viel Prozent davon wirklich in eine Einrichtung gehen.

Herr Kretschmer-Schöppan reicht die Antwort schriftlich nach.

Frau Dr. Darmstadt merkt an, dass nach ihren Berechnungen von rund 1 Million Flüchtlingen für 2016 ausgegangen werden kann.

Herr Kretschmer-Schöppan bestätigt dies.

Herr Wolfram erklärt, dass 51.000 Asylbewerber in Sachsen unterzubringen sind, davon 6,08 % im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Das bedeutet 640 Asylbewerber für Freital. Zum Unterbringungskonzept merkt er an, dass die Kommunen, die bisher keine Asylbewerber untergebracht haben nun aufgefordert werden, tätig zu werden.

Herr Kretschmer-Schöppan weist darauf hin, dass im Landkreis nicht nach dem Königsteiner Schlüssel sondern nach Einwohner die Verteilung erfolgt.

Herr Abraham möchte wissen, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, wie es um die Sauberkeit an der Unterkunft Am Langen Rain bestellt ist. Er kann aufgrund von Fotos bestätigen, dass sich dort Müll sammelt.

Herr Rumberg fügt hinzu, dass mit dem Betreiber gesprochen wurde und er versichert hat, diesen Müll zu beseitigen.

Herr Kretschmer-Schöppan merkt an, dass eine Zusammenfassung der Gespräche in Schriftform an die Geschäftsleitung geschickt wird. Themen sind Ruhestörungen, Sauberkeit und Vorfälle an und in der Unterkunft. Man hofft, dass durch entsprechendes Sicherheitspersonal diese Störungen beseitigt werden können.

Herr Frenzel fügt hinzu, seitdem es keine Erstaufnahmeunterkunft mehr ist, hat sich das Sicherheitspersonal verringert, da der Betreiber dazu nicht mehr verpflichtet ist. Die derzeitigen ein bis zwei Bediensteten für Sicherheit sind zu wenig. Kann man den Betreiber auffordern, mehr Sicherheitspersonal anzustellen?

Herr Rumberg erläutert, dass es theoretisch die Sache des Betreibers ist. Er sieht eine Aufstockung auch für notwendig an. Der Landkreis muss den entsprechenden Druck ausüben, damit vor allem Sicherheit und Ruhe gewährleistet ist.

Herr Wolfram betont, dass 533 Plätze in der Unterkunft Am Langen Rain geplant waren. Die Kreisräte haben fraktionsübergreifend dafür gesorgt, den Änderungsantrag im Kreistag durchzusetzen, dass maximal 400 Asylbewerber aufgenommen werden.

Herr Nagel kritisiert die Arbeitsweise der Ordnungsämter im Landkreis. Diese sollen sich nicht nur um die Überprüfung von Unternehmen kümmern.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 4

Informationen und Anfragen

(Vorlagen-Nr.: I 2016/004)

Eilentscheidung des Oberbürgermeisters über die Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung 2015 in Höhe von 170.000,00 Euro für Ing.-Leistungen im Zuge der Sanierung/Umbau der Grundschule Freital-Wurgwitz

Herr Funk erläutert die Vorlage I 2016/004.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Herr Rumberg informiert über schriftlich beantwortete Anfragen:

- von Herrn Pfitzenreiter zur Ausschreibung des Grundstücksareals „Sächsischer Wolf“
- von Frau Druhm zum Straßenschild Am Graben
- von Herrn Gliemann zum Winterdienst auf der Oberpesterwitzer Straße
- von Herrn Richter zu:
 - Schäden in der Silvesternacht
 - Stadtbibliothek – Standortentscheidung
 - Stadtbibliothek zentraler Standort/Volkshochschule
- Information zu den Deckenlasten im Objekt City-Center zur B 2015/071 bezüglich der Anfragen von Herrn Mayer

Herr Abraham möchte wissen, was mit dem Grundstück am Goetheplatz geschieht, wo das geplante Gymnasium seinen Platz finden sollte. Zudem fragt er, was mit der Leichtbauhalle am Osterberg geschehen soll, welche von der Wismut übergeben wurde.

Herr Rumberg erklärt, dass das Gymnasium am Goetheplatz derzeit keine Rolle spielt, da ein Gymnasium in Wilsdruff gebaut wird. Die Traglufthalle am Platz der Jugend wurde bereits von der Stadt übernommen. Zu Wohnzwecken kann die Halle nicht genutzt werden.

Frau Müller kritisiert die Sauberkeit bezüglich des Streugutes und des Hundekots in einigen Parkanlagen der Stadt.

Frau Schulze und Frau Frost kommen in den Saal. Somit sind es 32 Stimmberechtigte.

Herr Rumberg merkt an, dass die Besitzer gemäß der Hundepolizeiverordnung verpflichtet sind, die Hinterlassenschaften ihres Tieres zu beseitigen. Das Streugut wird eingesammelt, wenn der Winter vorbei ist.

Herr Glöß fügt an, dass es schwierig ist, Hundebesitzer zur Verantwortung zu ziehen.

Herr Richter hat eine Anfrage zur Schadensbeseitigung der Winterschäden. Er legt das Augenmerk auf die Rabenauer Straße und möchte wissen, ob diese Schäden bis zur grundhaften Sanierung provisorisch behoben werden.

Herr Schiller betont, bei Gefahr in Verzug wird immer sofort gehandelt. Ansonsten wird bei entsprechender Witterung aufgefüllt.

Herr Mayer informiert über Müllablagerungen auf den Bauminselfen entlang der Dresdner Straße. Er bittet um Beseitigung der Verunreinigung und um Prüfung des Anbringens von Abfallbehältern.

Frau Mihály-Anastasio äußert Kritik an der Handhabung der Ablage von gelben Säcken, da diese durch den enormen Wind herumgeworfen werden. Daraus entsteht eine Gefahr für den Straßenverkehr.

Herr Rumberg merkt an, dass die Einführung von gelben Tonnen positive und negative Seiten hat.

Herr Nagel übt Kritik an der Arbeitsweise der Müllfahrer. Diese haben seiner Meinung nach kein Interesse, den Müllablageplatz sauber zu hinterlassen. Dies sollte gegenüber der Geschäftsleitung angesprochen werden.

Herr Rumberg nimmt es auf.

Frau Helbig informiert über die aktuelle Situation in der Obdachlosenunterkunft. Derzeit sind sechs Personen in drei Wohnungen untergebracht. Es stehen in den nächsten vier Wochen noch sieben Zwangsräumungen an. Im Vorfeld wird immer versucht, den Bürgern die Wohnung zu erhalten oder anderweitig behilflich zu sein. Es kommt bei den Bewohnern auch mal zu Ruhestörungen und anderen Problemen. Was nicht angenommen wird, ist die Beratungsstelle „Freital.Net/z“. Der Pflegedienst advita ist regelmäßig vor Ort.

Frau Dr. Darmstadt kommt in den Saal. Somit sind es 33 Stimmberechtigte.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 5

B 2015/070

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2016

Herr Rumberg fasst die Thematik der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans kurz zusammen. Im letzten Jahr wurde zum Jahresende verwaltungsintern, geschäftsübergreifend der Haushalt im Entwurf in Gänze fertiggestellt und den Stadträten zum Jahresende als 1. Entwurf ausgehändigt. Der Haushalt der Stadt Freital hat ein Volumen von knapp 62 Millionen Euro, welches sich aus ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen zusammensetzt. Bei knapp 61 Millionen Euro Erträgen bedeutet das einen Fehlbetrag im Gesamtergebnis von 1,25 Millionen Euro. Die Finanzsituation und die Liquidität stellen sich stabil dar. Zum einen sind 2,2 Millionen Euro Liquiditätsüberschuss aus der laufenden Tätigkeit vorhanden und zum anderen hat die Stadt Freital 20 Millionen Euro Liquiditätsreserven. Konkret will die Stadt im Jahr 2016 16,3 Millionen Euro investieren, die mit 9,5 Millionen Euro fördermäßig bezuschusst werden. Schwerpunkte sind u. a. Kinderbetreuung, Schulen, Straßen, Stadtanierung, Hochwasserschutz und die Feuerwehr. Er bedankt sich bei der Stadtverwaltung und dem Stadtrat. Zudem macht er Ausführungen zum Produktkonto Beteiligungsverwaltung hinsichtlich der Überlegung, einen Sperrvermerk einzustellen.

Herr Kretschmer-Schöppan geht näher auf einzelne Positionen des Haushaltes ein. Investitionsschwerpunkte sind u. a. Kinderbetreuung und Schulen. Bis 2019 sollen 22 Millionen Euro in diese Bereiche fließen, wobei auf eine Zuwendung von 8 Millionen Euro gehofft wird. Er erwähnt die Verbesserung der Infrastruktur in Freital, um die Stadt lebens- und wohlfreundlicher zu gestalten. Er informiert über die Baumaßnahmen an der Wurgwitzer Schule als Grund- und Oberschulstandort. Weiter macht er Ausführungen zum schulhistorischen Museum bezüglich der zukünftigen Beantragung von Fördermitteln. Herr Kretschmer-Schöppan erläutert konkret den Bau der Turnhalle an der Grundschule Ludwig-Richter, da dort die Zweizügigkeit an der Schule uneingeschränkt stattfinden soll. Zudem geht er auf Thematik des Straßenausbaus, d. h. auf die Beseitigung der Winterschäden und

den grundhaften Ausbau diverser Straßen bis 2019 ein. Auch Stadtentwicklungs-, Ortsteilentwicklungs-, und Sanierungsgebieten und der Hochwasserschutz spielen eine große Rolle. Er benennt die Verbesserung der Ausstattung der Feuerwehr im Haushalt und bedankt sich bei den Feuerwehrleuten für die gute Instandhaltung und Pflege der Geräte. Schlussendlich hebt er die geplante Schulden- und Darlehenstilgung besonders hervor. Er spricht großen Dank an Herrn Funk und seine Mitarbeiter für ihre Arbeit aus. Auch den Stadträten dankt er für die gute konstruktive Zusammenarbeit.

Herr Pfitzenreiter nimmt Bezug auf die zahlreichen Sitzungen, in denen gemeinsam mit Fraktionen und der Verwaltung über verschiedene Aspekte des Haushaltes gesprochen wurde. Dabei wurde deutlich, dass die Eckpunkte bereits durch die Verwaltung plausibel gestaltet wurden und nur bei Details Diskussionsbedarf bestand. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Von der Verwaltung wurden umfangreiche Materialien und unzählige Übersichten zur Verfügung gestellt. Der neue Weg einer Haushaltsklausur ermöglichte die zufriedenstellende Beantwortung von Fragen und die offene Diskussion von Änderungswünschen. Diese Transparenz und eine respektvolle sowie zielführende Sacharbeit sind wichtig. Das große Ziel der nächsten Jahre muss der Ausgleich des Ergebnishaushaltes sein. Um für das Jahr 2017 bereits im Jahr 2016 bereits Schwerpunkte für die Arbeit festzulegen, bringt die CDU einen schriftlichen Antrag (A 2016/001) ein.

Herr Wolframm lobt die Verfahrensweise der Verwaltung mit der Durchführung einer Haushaltsklausur. Er reicht einen Änderungsantrag ein und erläutert ihn. Es betrifft die Anlage 4 des Haushaltes, Übersicht Produktkonten, Produkt 111101 Konto 431800. Da geht es um die Mittel für die Ortschaftsräte und zwar die Mittel, die mit der Änderung der Hauptsatzung noch beschlossen werden müssen. Er beantragt, eine Summe von 60.000 Euro einzustellen, da es passieren kann, dass sich noch andere Ortschaftsräte bilden werden.

Herr Richter bittet, die nächste Haushaltsberatung weitaus früher zu beginnen und die Haushaltsklausur als einen Sonderfinanz- und Verwaltungsausschuss laufen zu lassen.

Herr Schneider berichtet über die Diskussion und letztendliche Zustimmung zum Haushalt in der Ortschaftsratssitzung Pesterwitz. Er reicht den Änderungsantrag ein, in der Anlage 12 das Investitionsprogramm betreffend, ist die Maßnahme Platzgestaltung Dorfplatz Pesterwitz, Investitionsnummer 54921602, mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dazu führt er aus, dass es mit dem Investor Gespräche gegeben hat und sich Änderungen einstellen werden. Der Investor wird die Umsetzung in Eigenregie übernehmen und die Planung entsprechend mit der Stadt abstimmen und danach den Platz öffentlich widmen. Das heißt, der Platz oder die Fläche wird öffentlich zugänglich. Herr Schneider hat bei der Abstimmung des Änderungsantrages in der Ortschaftsratssitzung mit Nein gestimmt. Aus seiner Sicht ist es aufgrund der neuen Sachlage erforderlich, dass die Stadt parallel zu den Planungen des Investors auch eine Planung voranbringt. Allen ist ja bekannt, dass der Investor 2011 bereits die Flächen erworben hat, allerdings noch kein Baurecht hat und diese Entwicklung macht ihn ungeduldig.

Herr Gliemann geht auf den Antrag von Herrn Wolframm bezüglich des Budgets der Ortschaftsräte ein. Die Summe vorausschauend zu erhöhen findet er nicht angebracht. Zum Antrag des Pesterwitzer Ortschaftsrats und dem Sperrvermerk äußert er, dass er diese Änderung für weniger vorteilhaft hält. Positiv erwähnt er noch die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Freital. Diese liegt mit 104,00 Euro weit unter der bundesweiten Pro-Kopf-Verschuldung.

Herr Käfer möchte in Zukunft zu Klausuren einbezogen werden.

Herr Meyer lobt ebenfalls die Arbeitsweise der Verwaltung. Er bittet in Zukunft um eine Übersicht über Maßnahmen zu Beginn der Haushaltsdiskussionen, wie was bei der

Haushaltserstellung gemacht worden ist und welche Begründungen vorliegen. So können die Zahlen besser nachvollzogen werden.

Herr Mayer bedankt sich auch bei der Stadtverwaltung. Ihm fehlt der Überblick über die ganzen gestellten Anträge. Er beantragt die Einstellung eines Sperrvermerkes zur Maßnahme Bolzplatz Pesterwitz. und auch beim Projekt Neumarkt. Die eingestellten 190.000 Euro möchte er mit einem Sperrvermerk versehen. Die AfD-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Frau Ebert informiert, dass der Ortschaftsrat Wurgwitz auch zugestimmt hat. Sie konnte bis jetzt noch keinen Sperrvermerk beim soziokulturellen Zentrum finden und fragt, ob er schon eingearbeitet wurde.

Herr Rülke nimmt Bezug auf den Sperrvermerk zur Platzgestaltung in Pesterwitz. Über diese und alle anderen Maßnahmen wird im Zuge der Haushaltsdiskussion 2017 noch einmal gesprochen und er hält es nicht für zwingend erforderlich, dort einen Sperrvermerk anzubringen.

Herr Brandau befürwortet die Verfahrensweise der Verwaltung. Er schaut auf 2017 und merkt an, dass nach Möglichkeiten der Einsparungen gesucht werden soll. Die Organisationsuntersuchung soll Optimierungs- und Konsolidierungspotenziale aufzeigen, die Steigerung der Wirtschaftlichkeit und die Sicherung einer nachhaltigen Haushaltsführung unterstützen sowie die Verbesserung der Qualität der Aufgabenerfüllung und der Wirksamkeit des Verwaltungshandelns. Eine weitere Rolle spielt die Steigerung der Dienstleistung/Serviceorientierung zum Nutzen der Bürger, des Gewerbes, der Vereine und andere Adressaten des kommunalen Handelns. Rationalisierungspotenziale und Synergieeffekte sollten genutzt werden und die Außendarstellung/Servicefreundlichkeit der Verwaltungsmitarbeiter kann verbessert werden. Nach 10-15 Jahren kann eine Organisationsuntersuchung durchaus durchgeführt werden.

Herr Rumberg merkt an, dass die genannten Prozesse regelmäßig auf dem Prüfstand stehen. Sicherlich gibt es immer wieder Veränderungs- oder gar Verbesserungsbedarf.

Herr Funk erklärt, dass im Regelfall ein Sperrvermerk ohne weitere Erläuterung im Investitionshaushalt angebracht und in Anlage 8 zusammengefasst wird. Dort sind die Übertragbarkeits-, Deckungs- und Sperrvermerke erläutert. Trotzdem ist die Umsetzung der Maßnahme von der Bewilligung der Fördermittel abhängig. Der Stadtrat muss die Mittel freigeben. Außerdem würde sich der Sperrvermerk normalerweise nur auf das Jahr 2016 beziehen. Für das Jahr 2017 wäre kein Sperrvermerk notwendig, da die Ermächtigung des Jahres 2017 ohnehin noch nicht in Anspruch genommen werden kann, weil gar keine Verpflichtungsermächtigung da ist. Die Maßnahme Neumarkt ist von der Größe her eine Maßnahme, die ohnehin mit einer Art Bauausführungsbeschluss durch die Ausschüsse müsste. Ein Sperrvermerk ist nicht nötig. Der Sperrvermerk am soziokulturellen Zentrum ist nicht eingestellt. Der formelle Fehler wird behoben.

Frau Dr. Darmstadt geht es hinsichtlich des Sperrvermerkes darum, dass die Gelder, auch wenn die Fördermittel kämen, dahingehend gesperrt sind, dass da noch ein grundlegender Beschluss des Stadtrates erfolgen muss. Das soziokulturelle Zentrum wurde nicht beschlossen. Es wurde nur beschlossen, dass der Antrag bei der Kulturraumförderung gestellt wird und der Stadtrat noch einmal über das gesamte Konzept befinden soll. Zudem merkt sie an, dass man die Einnahmen der Stadt nicht nur durch Steuererhöhungen erreichen kann. Es muss geschaut werden, wo Einsparungen getroffen werden können.

Herr Rumberg wiederholt, dass der Sperrvermerk am soziokulturellen Zentrum aufgenommen wird.

Herr Mayer nimmt Bezug auf die Thematik Ortschaftsratsbudget. Heute wird nur entschieden, dass grundsätzlich im Haushalt ein Budget eingestellt wird. In den nächsten Sitzungen wird über die Änderung der Hauptsatzung diskutiert und dort wird festgehalten, was und welche Aufgaben den Ortschaftsräten übertragen werden. Zu dem Sperrvermerk bei der Maßnahme Grundstück Dorfplatz Pesterwitz soll eine größtmögliche Transparenz geschaffen werden.

Herr Schautz informiert über Gespräche zwischen dem Investor und der Stadtverwaltung. Der Investor hat im Sommer 2015, einige Stadträte waren dabei, ganz klar gesagt, wenn die Stadt das nicht mehr möchte, bebaut er sein Grundstück selbst und dieser Sachverhalt ist in den Gesprächen auch mit dem Schreiben vom November bestätigt worden. Die Stadt wird am Dorfplatz Pesterwitz nicht investieren.

Herr Schneider hofft, dass das was Herr Schautz ausgeführt hat, in der Zeitung noch einmal richtig gestellt wird.

Herr Pfitzenreiter nimmt Bezug auf die Thematik des Ortschaftsratsbudgets und den Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen. Hauptziel des Budgets soll die Erhöhung der Eigenverantwortung sein. Dabei sollen Aufgaben erfüllt werden, die nach § 67 SächsGemO und Hauptsatzung definiert sind. Schwerpunkte müssen gesetzt und begrenzte Mittel müssen durch den Stadtrat für die Aufgabenerfüllung verteilt werden. Die Hauptsatzungsänderung wird derzeit bearbeitet und am Ende entscheidet der Stadtrat. Allerdings benötigt man für die Neugründung der Ortschaftsräte erst einmal Initiativen in den Ortsteilen. Er fordert die Fraktion SPD/Die Grünen auf, an der Stelle noch einmal zu beraten, denn um diese Kosten für das Ortschaftsratsbudget bilden zu können, müssen andere Positionen gekürzt werden. Es muss ja kein zusätzliches Geld sein, denn es handelt sich um eine Umverteilung.

Herr Wolframm erklärt, wenn reges Interesse an Neubildungen von Ortschaftsräten besteht, sollte vorsorglich ein Budget bereitgestellt werden. Daher die 60.000 Euro. Er hat vernommen, dass durch die Erhöhung der Gebühreneinnahmen und der Steuern letztes Jahr mehr Geld in die Kasse der Stadt gekommen ist. Zudem hat die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Stadträten dafür gesorgt, dass der Technologie- und Gewerbepark ein Wirtschaftsstandort in Freital entstanden ist. Neue Gewerbe haben sich angesiedelt und somit werden diese ihre Gewerbesteuern zahlen. Es wurden schon mehrere Flächen verkauft und die dort angesiedelten Unternehmen beschäftigen 110 Arbeitnehmer. Durch die Schulen und Kindergärten werden mehr Bürger nach Freital ziehen und dauerhaft wohnen bleiben.

Frau Frost fragt, ob sie es richtig verstanden hat, dass sich die Stadt an dem Grundstück „Alte Gärtnerei“ in Pesterwitz nicht mit Geld beteiligen wird.

Herr Schautz bejaht.

Herr Rumberg setzt den eingereichten Antrag der CDU-Fraktion zu Arbeit am Haushalt 2017 (A 2016/001) auf die nächste Tagesordnung. Er lässt den Änderungsantrag der Fraktion SPD/Die Grünen zur Änderung des Ortschaftsratsbudgets von 25.000 Euro auf 60.000 Euro abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	10
Stimmenthaltungen:	4

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Herr Rumberg lässt den Änderungsantrag des Ortschaftsrates Pesterwitz hinsichtlich der Einstellung eines Sperrvermerkes in Anlage 12 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	31
Stimmenthaltungen:	0

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Kretschmer-Schöppan wirft ein, dass ein Sperrvermerk nur für das Jahr 2016 Sinn macht. Es gibt keine Vermögensermächtigung, schon über Mittel aus 2017 zu verfügen. Daher macht ein Sperrvermerk keinen Sinn.

Herr Rumberg lässt den Änderungsantrag zum Speervermerk Projekt Neumarkt der AfD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	21

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 019/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Haushaltssatzung (Anlage 1) mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 gemäß dem 2. Entwurf vom 15. Januar 2016 mit den Änderungen vom 4. Februar 2016.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 6**B 2016/013****Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum Dezember 2015 bis Januar 2016**

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 020/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die in der Anlage 1 aufgeführten Spenden anzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 7**A 2015/028****Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus**

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)	am 17. Dezember 2015
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 5. Januar 2016
Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)	am 27. Januar 2016
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 28. Januar 2016

Herr Richter erläutert den Antrag.

Herr Pfitzenreiter ist der Ansicht, dass in Freital keine Unterversorgung mit sozialen Wohnungen feststellbar ist. Er stellt im Namen der CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag: „Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erstellung einer Standort-, Situations- und Bedarfsanalyse für soziale Mietwohnungen“. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag inklusive den Änderungen zustimmen.

Herr Brandau stimmt für den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Frau Kummer widerspricht Herrn Pfitzenreiter. Es gibt durchaus in Freital Probleme, Wohnungen für sozial schwache Familien zu finden.

Herr Mayer stimmt im Namen der AfD-Fraktion dem Änderungsantrag der CDU zu.

Herr Richter ändert den Beschlussvorschlag des Antrages A 2015/028 dahingehend, dass der Punkt 2 gestrichen wird.

Herr Dr. Wasner fasst zusammen. Die Analysen werden erstellt, der Oberbürgermeister wird beauftragt und dann wird man sehen, wie es weiter geht.

Herr Rülke weist darauf hin, dass mit dem Antrag der CDU tatsächlich erstmal eine Standortsituations- und Bedarfsanalyse erstellt werden soll. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. geht davon aus, dass unabhängig vom Ergebnis der Analyse ein Konzept zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus durchgeführt werden soll, auch dann, wenn kein Bedarf da ist.

Herr Wolframm spricht sich dafür aus, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung zu bringen.

Herr Tschirner würde in den Beschlussvorschlag noch einen Termin bzw. eine zeitliche Begrenzung aufnehmen.

Herr Rumberg tendiert zu einer Ausführung bis Jahresende. Er legt fest, dass bis September 2016 die Analysen erstellt werden sollen, damit sie in den Haushaltsplanungen für 2017 Berücksichtigung finden.

Herr Weichlein erklärt, dass der weiterreichende Antrag als erstes abgestimmt werden soll. In der Geschäftsordnung steht, dass Änderungsanträge zuerst abzustimmen sind. Hier widersprechen sich beide Grundsätze. Letztendlich entscheidet der Oberbürgermeister welcher der weitreichendere ist.

Herr Rumberg sieht den Änderungsantrag der CDU-Fraktion als den weiterreichenden und würde diesen als erstes zur Abstimmung bringen, mit dem Zusatz „bis September 2016“.

Herr Richter möchte, dass sein Antrag abgestimmt wird. Er ist der Ansicht, dass sein Antrag weitaus weitreichender ist.

Herr Weichlein fügt an, dass keine Widersprüche entstehen sollen. Es handelt sich um zwei Anträge mit dem selben Thema. Daher entscheidet der Oberbürgermeister, welchen Antrag er zur Abstimmung bringt. Des Weiteren wirft er ein, dass noch zu diskutieren ist, ob der abgestimmte Antrag das gesamte Thema beinhaltet oder ob noch Punkte übrig bleiben, über welche noch zu befinden wäre. Aber zweimal den gleichen Antrag abzustimmen, ist nicht sinnvoll.

Herr Rumberg möchte nicht zwei gleiche Anträge abstimmen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

Beschluss-Nr.: 021/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erstellung einer Standort-, Situations- und Bedarfsanalyse für soziale Mietwohnungen bis September 2016.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	8

Frau Mihály-Anastasio, Herr Abraham, Herr J. Müller und Herr Käsemodel verlassen den Saal. Somit sind es 29 Stimmberechtigte.

Tagesordnungspunkt 8**I 2016/001****Beteiligungsbericht der Großen Kreisstadt Freital für das Geschäftsjahr 2014**

Herr Mayer nimmt Bezug auf die Anlage 1 Seite 36. Dort findet man den Anteil der „KISA“, an der viele Kommunen in Sachsen Anteil haben. Freital hat dort einen Anteil von 0,36%. Die „KISA“ ist in den letzten Jahren in wirtschaftliche Schieflage geraten. Deshalb zahlt die Stadt jedes Jahr einen Betrag von 19.000 Euro an die KISA. Nach der Seite 174 kommt dann die Beteiligung am Trinkwasserzweckverband. Dort hat Freital einen Anteil von 37,7%. An der Stelle hat Freital einen Bilanzwert von 6,4 Millionen Euro. Der städtische Anteil an den Schulden des Trinkwasserzweckverbandes liegt bei 21 Millionen Euro. Es wurde in der Vergangenheit gesagt, dass diese Schulden durch Bilanzwerte gedeckt sind.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 9**I 2016/003****Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 4. Quartal 2015**

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Mayer möchte wissen, warum in der Übersicht zwei Mal die gleiche Zahl (24.500 Euro) steht.

Herr Funk erklärt, dass es sich einmal um ein Aufwandskonto und zum anderen um ein Auszahlungskonto handelt, erkennbar an den Kontennummern. Wenn es einen überplanmäßigen Aufwand gibt, der eine Auszahlung nach sich zieht, muss das Auszahlungskonto entsprechend dargestellt werden.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 10**B 2016/004****Bestellung Wirtschaftsprüfer für die Prüfung Jahresabschluss 2015 - Abwasserbetrieb**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 28. Januar 2016

Herr Hartig erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 022/2016

Zum Prüfer des Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Abwasserbetriebs der Großen Kreisstadt Freital zum 31. Dezember 2015 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH mit Sitz in Dresden bestimmt.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	4

Herr Richter nimmt Bezug auf das Abstimmungsverhalten der Fraktion Die LINKE. Er kann nicht nachvollziehen, warum man den Wirtschaftsprüfer nicht wechselt. Er regt an, einen neuen, unbeeinflussten Prüfer Einblick zu gewähren.

Herr Käsemodel kommt in den Saal. Somit sind es 30 Stimmberechtigte.

Tagesordnungspunkt 11	B 2016/007
Gebietsabgrenzung eines Fördergebietes Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (SOP) Freital-Pesterwitz	

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)	am 27. Januar 2016
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 28. Januar 2016
Ortschaftsrat Pesterwitz	1. Februar 2016

Herr Schneider bedankt sich im Namen der Pesterwitzer Bürger für die Entscheidung, dass ein Fördergebiet SOP-Pesterwitz entstehen soll. Trotz der Baumaßnahmen in den letzten Jahren ist feststellbar, dass es noch Defizite in Pesterwitz gibt. In der letzten Ortschaftsratssitzung am 1. Februar 2016 ergab sich aus der Diskussion heraus eine Gebietsänderung, welche er nun anbringt. Die Änderung wird in Anlage 2 a aufgezeigt. Diese Änderung soll unter Maßgabe eines Grünzuges vom Zentrum beginnend in Richtung Baugebiet Dölzschner Straße Ost erfolgen. Er bittet darum, dass dem Vorschlag des Ortschaftsrates gefolgt wird.

Herr Schautz verweist auf den Technischen und Umweltausschuss sowie den Finanz- und Verwaltungsausschuss, in dem eine andere Gebietsabgrenzung vorgeschlagen wurde. Die Anregungen aus dem Ortschaftsrat Pesterwitz wurden in Anlage 2 a aufgenommen.

Herr Heger möchte wissen, ob es realistisch ist, das Fördergebiet in Pesterwitz in so großem Umfang zu organisieren.

Herr Schautz merkt an, dass man sich derzeit in der Antragstellung befindet, welche die Möglichkeiten zur Erweiterung offen lässt.

Herr Mayer bittet um Erläuterung hinsichtlich der in der Beschlussvorlage gemachten Äußerung, dass das Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ der Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen im Stadtzentrum bzw. von Stadtteilzentren dient, die durch

Funktionsverluste insbesondere gewerblichen Leerstand betroffen sind. Er fragt, wie dort ein Stadtteilzentrum entstehen soll.

Herr Schautz erklärt, dass es kein geteiltes Gebiet ist. Freianlagengestaltung, Aufenthaltsqualität und Wohnqualität sind wesentlicher Bestandteil. Daher wird es als hilfreich angesehen, die Anregung der Pesterwitzer Bürger einfließen zu lassen.

Herr Abraham kommt in den Saal. Somit sind es 31 Stimmberechtigte.

Frau Dr. Darmstadt hat eine Frage bezüglich der älteren Häuser von Pesterwitz Richtung Elbtalblick. Dort existiert eine Engstelle. Sie möchte wissen, wie das Gebiet im Zuge der Umgestaltung mit einbezogen wurde.

Herr Schautz merkt an, dass ein Potential zur Umgestaltung an der Stelle nicht für notwendig erachtet wurde.

Frau Frost möchte wissen, ob im Zuge des Fördergebietes Umlagebeiträge für die Bürger anfallen sollen.

Herr Schautz verneint.

Herr Mayer beantragt, dass die von Frau Dr. Darmstadt aufgeführte Problematik noch einmal überdacht und im nächsten Stadtrat noch einmal vorgelegt wird, ob das Gebiet mit aufgenommen werden kann.

Frau Mihály-Anastasio und Herr Müller kommen in den Saal. Somit sind es 33 Stimmberechtigte.

Herr Rumberg verweist auf die Antragsfrist für das SOP-Gebiet Ende Februar. Es muss heute abgestimmt werden, sonst können die Fristen nicht eingehalten werden.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 023/2016

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Gebietsabgrenzung für das neue Fördergebiet im Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ Freital-Pesterwitz ab 2016 gemäß dem beigefügtem Lageplan vom 2. Februar 2016 (Anlage 2a).**
- 2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt die Verwaltung, ein städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 171b Abs. 2 BauGB (SEKO) erstellen zu lassen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan "Burgwartstraße" - Flurstück 575, Gemarkung Potschappel

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 27. Januar 2016

Herr Schautz erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Richter bezieht sich auf die Waldfläche, welche sich auf dem Flurstück befindet. Soll diese gerodet werden?

Herr Schautz erklärt, dass die Fläche Bestandteil des B-Planverfahrens im Zusammenhang der Beteiligung der entsprechenden Ämter und des Landkreises ist. Heute soll der Beschluss, das Verfahren zu eröffnen gefasst werden.

Herr Dr. Wasner möchte wissen, wenn sich die Fläche im Außenbereich befindet, ob in Folge dessen der Flächennutzungsplan geändert werden muss.

Herr Schautz merkt an, dass es sich um keinen reinen Außenbereich sondern um eine Innenentwicklung handelt. Insofern ist keine Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig.

Frau Ebert bittet im weiteren Verfahren darauf zu achten, dass ausreichend Parkflächen geschaffen werden.

Herr Schautz bemerkt, dass es dafür Regelungen im Baurecht gibt.

Herr Weichlein geht auf die Frage von Herrn Dr. Wasner ein und verweist auf die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 024/2016**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt**

- 1. Für das Gebiet Burgwartstraße – Flurstück 575/15 und Teil von Flurstück 575 ist ein Bebauungsplanverfahren durchzuführen.**
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	4

Bereitstellung eines Serverraumes für die Verwaltung der Großen Kreisstadt Freital

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 27. Januar 2016
am 28. Januar 2016

Herr Leuschner erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Richter äußert, dass die Fraktion Die LINKE. der Vorlage nicht zustimmen wird, aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Datensicherheit. Zudem äußert er Bedenken dahingehend, wie die Zugangsregelungen zum Serverraum sichergestellt werden können.

Herr Specht geht auf die Stadtratssitzung ein, wo der Serverraum auf der Hüttenstraße beschlossen wurde. Er merkt an, dass man dem Protokoll entnehmen kann, dass alle Varianten (FREITALER STROM+GAS GMBH, Hüttenstraße) untersucht wurden. Diese Aussage ist nicht korrekt. Er fragt, wenn die vertiefenden Untersuchungen angestellt worden sind, warum da nicht aufgefallen ist, dass der Standort Hüttenstraße für so ein Objekt Serverraum gänzlich ungeeignet ist.

Herr Leuschner entgegnet, dass der Standort aus Sicht der Verwaltung geeignet ist. Der Grund für vertiefende Untersuchungen war, dass zwischen der ursprünglichen Kostenschätzung, die Grundlage für den Bauausführungsbeschluss war, und der Kostenberechnung, die im September 2015 vorlag, ein Unterschied bzw. ein Mehrbedarf von rund 80.000 Euro entstanden ist.

Herr Specht kritisiert die geringe Berichterstattung gegenüber den Stadträten. Spezialisten hätten merken müssen, dass der Raum auf der Hüttenstraße zwar vor Hochwasser sicher ist, aber aufgrund anderer Aspekte ungeeignet ist.

Herr Rumberg spricht sich für die Vorlage B 2016/010 aus.

Herr Brandau bemerkt positiv die Vorgehensweise des Oberbürgermeisters, die Sachlage noch einmal geprüft zu haben. Damals bestand grundsätzlich ein Misstrauen gegenüber jeder Gesellschaft.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 025/2016

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital hebt den Bauausführungsbeschluss Nr. 44/2015 zum Neubau eines zentralen Serverraumes für die Verwaltung der Großen Kreisstadt Freital auf.**
- 2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister mit der FSG- FREITALER STROM+GAS GmbH einen Miet-Vertrag über die Bereitstellung der erforderlichen Kapazitäten für einen Serverraum der Großen Kreisstadt Freital zu schließen.**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	0

Herr Nagel fühlt sich von der Verwaltung hinters Licht geführt. Die Prüfung aller Varianten hätte viel eher gründlicher erfolgen sollen.

Tagesordnungspunkt 14

B 2016/011

Brandschutzbedarfsplan der Großen Kreisstadt Freital

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 27. Januar 2016
am 28. Januar 2016

Herr Glöß erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes und sichert der Freiwilligen Feuerwehr vollste Unterstützung zu.

Herr Mayer schließt sich dem an.

Herrn Dr. Wasner fehlt eine Strategie, wie weitere noch bestehende Mängel beseitigt werden können und der Bedarfsplan weiterentwickelt werden kann.

Herr Tschirner möchte wissen, ob es in städtischen Wohnungen eine Rauchmelderplicht gibt und ob ein Umsetzungszeitraum existiert.

Herr Rumberg erklärt, dass Sachsen eines der letzten Bundesländer ist, das erst jetzt mit der Einführung beginnt. Es ist ein Prozess über mehrere Jahre. Beim Neubau ist es jetzt schon Pflicht bei der Wohnungsgesellschaft Freital mbH. Wenn es gesetzliche Pflicht ist, wird das nach und nach, wie es der Gesetzgeber vorschreibt, umgesetzt.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 026/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Brandschutzbedarfsplan.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	33
Davon stimmberechtigt:	33
Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.